



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Herr Peer Knöfler
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70-90
24105 Kiel

25.05.2018

Sehr geehrter Herr Knöfler.
Sehr geehrte Mitglieder im Bildungsausschuss.
Sehr geehrter Herr Schmidt.

Der Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen möchte sich nochmals für die Möglichkeit, mit Ihnen über die Schulkosten für Eltern zu diskutieren und Ihre Bereitschaft zu diesen Gesprächen, bedanken. Uns ist es ein großes Anliegen diese immensen Kosten nachhaltig und dauerhaft zu senken um eine Erleichterung für die Elternschaft zu erwirken.

Im Nachgang zu der gestrigen Sitzung möchten wir jedoch feststellen, dass wir etwas erstaunt waren, wie die Gesprächsentwicklung verlaufen ist. Aus einer Diskussion über die Senkung der Kosten für Eltern wurde eine Debatte über Kostenerstattungen und Aufwandsentschädigungen für Lehrkräfte, die von den beteiligten Gremien der Lehrkräfte auch sehr vehement vorangetrieben wurde. Sicherlich stimmen wir mit den Lehrkräften überein, dass es diesbezüglich Verordnungen gibt, die einer Überarbeitung bedürfen, aber das war weder der Grund noch das Thema für unser gestriges Treffen.

Wir haben mit einem enormen Aufwand Daten, Fakten und Meinungen gesammelt, um wie in der vorherigen Gesprächsrunde intensiv und ausführlich über die schulischen Kosten für Eltern zu sprechen. Umso bedauerlicher empfinden wir es, diese nur bruchstückhaft erörtert zu haben. Die Kosten bedeuten für viele Eltern eine kaum zu stemmende Hürde und belasten die Familiensituation massiv. Wir hätten es sehr begrüßt, wenn von der Gesprächsleitung unmissverständlich eine Rückkehr zum eigentlichen Thema veranlasst worden wäre. Auch halten wir die Teilnahme von 4 verschiedenen Lehrkräftevertretungen, zu einem Thema, bei dem es um die Eltern geht, für etwas überdimensioniert.

Zudem möchten wir nochmals zu bedenken geben, dass es unter anderem die Lehrkräfte sind, die uns ein Mitspracherecht an Klassenreisen und Fahrten sehr vehement verwehren wollen, um die alleinige Entscheidungsgewalt zu haben. Eben die Personen, die bei normaler Planung der Kosten einer Klassenreise, diese von ihrer Dienstherrin erstattet bekommen. Wenn dieser Personenkreis uns Eltern ein Mitspracherecht absprechen will, was wir unter anderem ausüben wollen, um die Kosten innerhalb vertraglicher Grenzen zu halten, empfinden wir das schon als äußerst perfide. Wir möchten die Aussage von gestern nochmals wiederholen, dass diejenigen, die schlussendlich diese Fahrten bezahlen müssen, ein gleichberechtigtes Mitspracherecht innehaben müssen. Wir wollen weder über die Köpfe der Lehrkräfte hinweg entscheiden, noch vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Lösung kann nur eine gemeinsame und gleichberechtigte Entscheidung aller Beteiligten sein.

Wir freuen uns auf weitere Gesprächsrunden mit dem Ausschuss und hoffen sehr, dass zukünftig der Focus mehr auf das eigentliche Thema gehalten wird.

Herzliche Grüße

Thorsten Muschinski